

General-Anzeiger

Elberfeld
Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Kaiserstr. 50
Veranstaltungen Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.

für Elberfeld-Barmen
(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt)

Barmen
Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Kernerweg 57
Fernspr. für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 114 u. 1497.

In der Hackengasse.

GA. Berlin, 5. Okt. (Eig. Draht.) Auf Grundlage der Sozialdemokraten, ob die Demokraten grundsätzlich bereit sind, die U.S.P.D. in die Koalition einzubeziehen, und ob sie gewillt sind, die in dem Brief der U.S.P.D. vom 1. Oktober aufgestellten Forderungen in das Regierungsprogramm aufzunehmen, hat namens der Reichstagsfraktion der Deutschen Sozialdemokratischen Partei Reichsminister a. D. Koch in einem bereits inhaltlich angebotenen Schreiben erwidert, das nach der „Bett. Ztg.“ lautet:

Auf Ihre gest. Anfrage erwidern wir ergebenst: Die demokratische Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß die Verantwortung für das Schicksal unseres Volkes auf möglichst breite Schultern zu legen ist. Sie lehnt die Politik einer Partei ab, die sich in der Not des Vaterlandes zu dem Entschlusse bringt, auf dem Boden der Weimarer Verfassung an der Wiedereinrichtung unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens mitzuwirken. Ohne sich von der Haltung einer Partei in der Vergangenheit beeinflussen zu lassen, drückt sie die Garantie, die Partei für die Zukunft zu geben hat, und den Wert ihrer Mitarbeit für das Gelingen der uns bevorstehenden Aufgaben. Aus diesem Grunde bitten wir vor Eintritt in weitere Verhandlungen um Aufklärung über folgende Hauptpunkte:

1. Zu den Programmpunkten der U.S.P.D. hat bisher die Delegation der Demokraten durch die Rätepublik gehört. Die Herbeiführung der Rätepublik auf gedachtem Wege ist von ihr als gegenwärtig inopportun bezeichnet, aber für die Zukunft nicht abgelehnt. Ist es der Sozialdemokratie bekannt, daß die U.S.P.D. bereit ist, Erklärungen abzugeben, daß sie auf die Einführung der Rätepublik auf dem Wege der Gewalt verzichtet?

2. Die Verhängung der Regierung durch Eintritt der Deutschen Volkspartei ist zur Geltung unserer Finanzen von unbestreitbarem Wert. Ist es der Sozialdemokratie bekannt, ob die U.S.P.D. bereit ist, an einer Koalition unter Einbeziehung der Deutschen Sozialpartei teilzunehmen?

Aus einer Antwort des Zentrums an die sozialistische Partei ist inzwischen bei dem Parteivorstand eingelaufen. Inhaltlich bedingt diese Einordnung mit der der Demokraten. Auch hier wird die Frage an die Unabhängigen gestellt, ob sie bereit wären, einer Verhängung der Koalition nach rechts zuzustimmen.

Der „Vorwärts“ erkennt an, daß die Gegenfrage der beiden bürgerlichen Parteien formal korrekt und auch logisch sei, wenn man die Unabhängigen bereit hat, auf Grund eines bestimmten Programms mit den bürgerlichen Parteien abzusprechen, so kann für die Beteiligung oder Nichtbeteiligung an der Regierung eben nur dieses Programm entscheidend sein. Andererseits müssen auch die Unabhängigen ihre starke Gewerkschaft gegen jede Koalition aufgeben. Sie würden sich logischerweise auch zu einem Zusammengehen mit der Deutschen Sozialpartei verstehen müssen, wenn auch bei dieser Partei eine ähnliche Umwandlung erfolgt wäre. Der „Vorwärts“ glaubt, daß bei der Deutschen Sozialpartei nicht der Fall ist. Der „Vorwärts“ geht sogar noch weiter. Er schreibt folgendes:

„Die Deutsche Sozialpartei erklärt, daß sie nicht beabsichtigt, sich an einer gemeinsamen Regierung mit den Unabhängigen zu beteiligen. Damit distanziert sie sich von den Unabhängigen, die nun selbstverständliche Antwort auf die Frage des Zentrums, sondern sie distanziert auch offensichtlich und eindeutig die sozialdemokratische Partei. Wir fragen das Zentrum und die Demokraten, ob nach ihrer Ansicht der von der Deutschen Sozialpartei angelegene Ton derart ist, den man annehmen kann, wenn man die Wahl hat, bestimmte Verhandlungen zum Ziele zu führen.“

Die „Freiheit“ geht noch einen erheblichen Schritt weiter. Sie lautet noch nicht die offiziellen Antworten der Demokraten und des Zentrums. Sie nennt aber aus Grund der Presseveröffentlichungen diese Entgegnung einen nicht ernstgemeinten taktischen Schachzug.

Sie auch in Parlamentstreifen bereits verlautet, ist die Haltung der Unabhängigen genau so wenig als zweifelhaft anzusehen wie die der Deutschen Sozialpartei. Wer selbst dann, wenn die Haltung der Unabhängigen eine andere sein würde, so wäre vorausgesetzt bei der Auflösung des gemeinsamen Arbeitsprogramms der Koalition unvermeidlich geworden, denn selbst im Zentrum, das von vornherein einer Einbeziehung der Unabhängigen nicht ablenken gegenüberstand, betrachtet man eine Reihe von Forderungen der Unabhängigen für unmöglich. Das bezieht sich u. a. auf die radikalere Form der Rätepublik, die unbedingte Sozialisierung des Bergbaus, und noch größer würde der Abstand zwischen den beiden Parteigruppen werden, wenn die Frage der Sachwerte zur Förderung kommen müßte, deren weitestgehender Inanspruchnahme eine Forderung der Unabhängigen ist, von denen sie wohl selbst dann nicht abzugeben gewillt sind, wenn aus wirtschaftlichen Gründen ein anderer Weg zur Aufbringung der Reparationskosten gefunden werden muß.

Die Erweiterung der Koalition nach rechts und links kann also jedenfalls als ausgeschlossen gelten. Aber die

Koalition mit der Deutschen Sozialpartei allein wird die Entscheidung nicht so bald fallen. Man rechnet damit, daß Mitte nächster Woche die Verhandlungen in ein entscheidendes Stadium treten werden, da ja auch der Reichsanwalt einen kurzen Erklärungsurlaub angetreten hat. Die Verhandlungen, die auf Donnerstag vormittag für die Regierungs-umbildung in Preußen angesetzt sind, betreffen hauptsächlich die grundsätzliche Stellungnahme der einzelnen Fraktionen zu den schwachen Fragen. Die formulierte Erklärung der Sozialdemokraten über die Gesichtspunkte, deren Anerkennung durch die zu bildende Regierung Vorbedingung für eine Regierungsbeteiligung ist, wird voraussichtlich noch heute abend veröffentlicht werden. Die Fraktion wird besonders Gewicht legen auf die Anerkennung und Verwirklichung der Rätepublik durch die neu zu bildende Regierung, auf die Sicherung des demokratischen Wahlrechts, auf die Sicherung der Demokratie und Republikanisierung der Verfassung, auf die Förderung einer grundlegenden Justizreform und auf die Schaffung eines Beamten-Dienstgesetzes und auf schärfere Bekämpfung des Betruges zu den Staatskassen. Wegen dieser Gesichtspunkte ist an sich nichts einzuwenden. Sie werden kaum ein Hindernis für die Koalitionsverbreiterung bilden, wenn sie nicht in ihrer Ausarbeitung Bedingungen enthalten, die für eine oder andere der bürgerlichen Parteien unannehmbar sind, und wenn nicht die Sozialdemokratie der Deutschen Volkspartei gegenüber nicht eine andere Haltung annehmen sollte. Der heutige Artikel des „Vorwärts“ ist in so außerordentlich jugendlicher Form gegen die Volkspartei gerichtet, daß er zu ernsthaften Bedenken Anlaß geben würde, ließe nicht sein Kussling auf vernünftige Überlegungen schließen. Dieser lautet: „Deutschlands innere Politik ist damit in eine Sackgasse geraten, aus der ein Ausweg gefunden werden muß. Daß die Parteien der Wirtschaftskräfte im Reich unter den schwierigsten Verhältnissen gemeinsame Arbeit leisten, während sie in Preußen offen um die Macht kämpfen, das ist ein Zustand, der kaum noch lange ertragen werden kann.“ Man wird sich aber vergegenwärtigen müssen, daß es die Sozialdemokratie gewesen ist, die durch ihre völlige Auffassung an die Unabhängigen den ganzen unerquicklichen Streit selbst aufleben ließ.

Scholz über die Haltung der Deutschen Volkspartei.

MTB. Königsberg, 5. Okt. (Draht.) Reichsminister a. D. Scholz führt aus dem Elbinger Vertreter des Bahnbundesverbandes: Er glaube nicht an ein Zusammenkommen der Koalition. Wenn die Koalitionsbestrebungen scheitern, so werde die Deutsche Volkspartei eine Ausnahmebestimmung einnehmen, die es Zentrum und Demokraten ermögliche, auf die Deutsche Sozialpartei zurückzugreifen, wenn sie sich von der Sozialdemokratie getrennt hätten. Voraussetzung dafür sei, daß die Deutsche Sozialpartei nicht auf alle Fälle Oppositionspolitik treibe, sondern sich auf den Boden der sachlichen Mitarbeit stelle.

Der Ausklang der Genfer Tagung.

Die neue Fassung des Vati-Artikels.

WTB. Genf, 5. Okt. (Draht.) Die Väterbundversammlung nahm verschiedene Kommissionsanträge über die neue Fassung des Artikels 16 an. Danach steht dem Rat das Recht zu, ein Gutachten darüber abzugeben, ob ein Bruch des Vates vorliegt oder nicht, wobei die des Väterbundes angelegten Väterbundsmitglieder und Mitglieder, gegen die sich eine fragestellige Aktion richtet, nicht mitstimmen dürfen. Der Rat hat die Väterbundsmitglieder mitzuteilen, kann jedoch gewissen Mitgliedern die Verschlebung der Maßnahmen gestatten, falls damit der Zweck besser erreicht wird. Schließlich wurde ein Kommissionsantrag angenommen, in dem der Abbruch der Beziehungen nicht mit dem Staatsangehörigen des päpstlichen Landes überhaupt, gleichviel, in welchem Lande sie leben, sondern nur mit Bewohnern des betreffenden Staates gefordert wird, entgegen dem Antrage des französischen Delegierten Renault. Vor der Abstimmung wies besonders eindringlich der Schweizer Delegierte Korta auf die Unmöglichkeit, dem französischen Antrage Folge zu leisten, hin. Bei der Abstimmung enthielt sich die französische Delegation der Stimme. Nach der neuen Fassung sind die Beschlüsse der Versammlung spätestens innerhalb der in 22 Monaten vorgunehmenden Ratifikation gültig. Als dahin sollen die wirtschaftlichen Sanctionen im Geiste der heutigen Beschlüsse gehandhabt werden.

Der Beitritt Deutschlands und Amerikas
In der gestrigen Sitzung nahm die Väterbundversammlung nach Erledigung des Väterbundsartikels den Antrag der ersten Kommission (Rechts-

und Verfassungsfragen) an, der die Beratung des argentinischen Antrages auf Abänderung des Artikels 1 des Vates auf das nächste Jahr verschiebt. Im Zusammenhang mit dem Streit zwischen Argentinien berühren die Delegierten der südamerikanischen Staaten auch die Frage des Beitritts der Vereinigten Staaten, der, gleichviel in welcher Form, ein erstrebenswertes Ideal sei. In der ersten Kommission legte sich der französische Delegierte Renault für die Beibehaltung der gegenwärtigen Mitgliederzahl und der gegenwärtigen Mitglieder des Väterbundes ein. Das sei schon an sich auf die oberste schließliche Frage empfehlenswert, denn die Lösung dieses Problems müsse von der Autorität des Väterbundes getragen sein. Er kam im übrigen noch einmal auf seine große Rede vom Samstag zurück und erklärte, wie schon früher, daß Frankreich grundsätzlich einer Aufnahme Deutschlands nicht feindlich gegenüberstehe, daß Frankreich aber nicht auf den Artikel des Vates verzichten könne, der die Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen fordert.

Karnobeds Erklärung über Obereschloffen

GA. Genf, 5. Okt. (Eig. Draht.) Heute ging die zweite Versammlung des Väterbundes zu Ende. In seiner Schlussrede gab Präsident von Karnobed folgende Erklärung über Obereschloffen ab: Wir haben erfahren, daß die Arbeiten der vier Mitglieder des Väterbundes, denen die Väterbundsversammlung dieses bedeutsamen Problems übertragen wurde, sich auf gutem Wege befinden, so daß Grund zu der Annahme vorhanden ist, daß der Rat zu einem sehr nahen Zeitpunkt die Lösung wird bekanntgeben können, die er empfiehlt. Danach kann also mit einiger Wahrscheinlichkeit darauf gerechnet werden, daß die Entscheidung des Väterbundes Ende dieser Woche fallen wird.

Die Normalklausur war der Änderung des Artikels 16 gewidmet, der das Internationale Internationale Verträge von ihrer Registrierung und Veröffentlichung beim Väterbund abhängig macht. Übergeben waren von verschiedenen Seiten Vorschläge gemacht worden, so von Balfour, daß zum Beispiel gewisse Finanzverträge einfach nicht veröffentlicht werden können, ohne ihre ganze Wirkung zu verlieren oder den Kredit vieler Staaten zu schädigen. Man beschloß, diese Frage bis zum nächsten Jahre ruhen zu lassen, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen dem Väterbund durch erzwungene Veröffentlichung aller Verträge ohne Ausnahme mehr Schaden als Nutzen zugefügt werde. Auch hier spielt die noch immer nicht erzielte Vollständigkeit des Väterbundes eine nicht unwesentliche Rolle. Beim Auseinandergehen der Delegierten wurde aber ziemlich allgemein die Meinung und Hoffnung geäußert, daß der Väterbund bei seiner nächsten Versammlung im September 1922 weit vollständiger sein werde als dieses Jahr.

WTB. Paris, 5. Okt. (Draht.) Das Journal des Debats spricht von den Nachrichten, die von verschiedenen Seiten über die obereschloffen Frage verbreitet werden. Das Blatt glaubt zu wissen, daß diese Nachrichten veraltet sind. Es sei nicht zweifelhaft, daß eine Entscheidung erzielt werde; aber jede überhastete Mitteilung könne die Entscheidungen beeinträchtigen, die noch nicht abgeschlossen seien.

Die Washingtoner Konferenz.

WTB. Paris, 5. Okt. (Draht.) Nach einer Gesamtsitzung am Washington wird das Staatsdepartement die Belgische, niederländische und portugiesische Regierung zur Teilnahme an der Washingtoner Konferenz einladen. Staatssekretär Hughes verständigte sich mit den fünf von vornherein eingeladenen Mächten und verlangte ihre formelle Zustimmung zur Zulassung der oben genannten Mächte auf Grund ihrer Interessen im fernem Osten. Man glaubt zu wissen, daß ihre Erklärung auf der Konferenz der Chinesen entsprechen wird. Man rechnet nicht auf ihre Teilnahme an den Sitzungen, die sich mit der Abrüstungsfrage beschäftigen.

Der Organkessel auf dem Balkan.

WTB. Genf, 5. Okt. (Draht.) Die „Zagrebpost“ meldet aus Belgrad: Die Lage an der albanischen Grenze wird als höchst kritisch bezeichnet. In militärischen Kreisen herrscht die Überzeugung, daß ein bewaffneter Konflikt zwischen Jugoslawien und Albanien unvermeidlich sei. Die Armee der albanischen Regierung rückt in größeren Abteilungen gegen die jugoslawische Grenze vor. Mehrfach ist es zu Gefechten und heute zu Kämpfen zwischen den albanischen und jugoslawischen Abteilungen. Bei einem gefangenen albanischen Offizier wurde ein Tagesbefehl des albanischen Kriegsministers gefunden, worin die albanischen Truppen angeordnet werden, in das jugoslawische Gebiet einzufallen, um alle dort lebenden Albaner zu befreien, die sich noch unter dem jugoslawischen Joch befinden.

Guariris stellt die Vertrauensfrage.

GA. Athen, 5. Okt. (Eig. Draht.) Die Nationalversammlung tritt am Montag zusammen. Ministerpräsident Guariris wird Erklärungen über die Reinkaufsfrage abgeben und nach der Aussprache die Vertrauensfrage stellen.

Das Ringen ohne Ende.

Polnische Waffenslager unter französischer Bewachung? — Die deutsche Vertretung in Genf. — Überwältigt die weitere militärische Befragung des obereschloffen Industrie-Treides.

(Von unserem obereschloffen Mitarbeiter.)

Genf, 3. Oktober.

Seit einer Reihe von Tagen hat das oft genannte Sondergericht der Internationalen Kommission in Copen seine durch den Wunsch im Mai unterbrochene Tätigkeit wieder aufgenommen. Man dürfte nach Lage der Dinge eine Reihe von sensationellen Verhandlungen erwarten. Sie sind zunächst ausgeblieben! Das Sondergericht beschäftigt sich vielmehr nur mit den laienhaftesten kleineren Vergehen. Zu den sensationellen Vergehen, auf die besonders die Polen große Hoffnungen setzen, gehörte ein Verfahren, das wegen eines deutschen Waffentransportes eingeleitet worden war. Verhaftet war in dieser Angelegenheit der stellvertretende Bürgermeister von Katowice, der städtische Brandinspektor und der Vizebürgermeister. Alle drei Herren wurden nach wenigen Stunden wieder entlassen, weil man ihnen keinerlei Verbrechen nachweisen oder gar beweisen konnte. Den fraglichen Waffentransport, dem ungeachtet polnische Gegenüberstände, hatte ein Stadtschreiber J. durchgeführt, der jetzt schuldig ist. Schließlich wurden damals noch weitere Personen verhaftet, die auch heute noch in Haft sitzen. Die Öffentlichkeit fragt sich nur immer wieder: Warum wird das Verfahren nach einer Reihe von Wochen, die seit dem Waffentransport vergangen sind, nicht zur Durchführung gebracht? Die Antwort liegt darin, daß die Franzosen, wie man zu sagen pflegt, in die Kasse gesteckt haben. Der städtische Stadtschreiber hat nämlich eine Reihe von polnischen Waffenslagern namhaft gemacht, die sogar unter französischer Bewachung stehen! Seitdem hat dieser Brief bei den Untersuchungen keinen Bestand, und nachdem andere Vergehen von seinem Inhalt Kenntnis bekommen haben, haben es die Franzosen bisher nicht mehr eilig mit der Durchführung dieses Prozesses, der doch nach der rechtmäßigen für die Genfer Vertretungen höchst interessantes Material über das Verhältnis zwischen Franzosen und Polen in Obereschloffen liefern würde. Auch die polnische Presse ist seitdem sehr schweigsam über diese merkwürdigen Waffenslager geworden.

Die Nachrichten über Genf selbst lagen hier in Obereschloffen einander. Mit der Gleichzeitigkeit dieser Nachrichten überhaupt, steht ihre Wirksamkeit in einem jenen Zusammenhang. Es ist unglücklich, was gerade in den allerletzten Tagen, mit denen wir uns zweifelsohne der endgültigen Entscheidung erheblich genähert haben, den Worten der Obereschloffen alles zugunsten wurde. Bald sollte Katowice deutsch bleiben, bald sollte es polnisch werden. Bald sollte das Industrie-Treide so aufgeführt werden, daß Deutsch und Königsberg zu Polen kämen, bald sprachen einzelne Waffenslager davon, daß überhaupt keine Teilung des Industrie-Treides in Frage kommen würde. Wenn die obereschloffen Zeitungen heute schon in großen Überschriften mitgeteilt hatten, daß das Industrie-Treide auf Grund eines angeblichen Genfer Beschlusses unterteilt ist, so ist, so ist es ihren Lesern morgen die Meldung vor, daß der Industrie-Treide doch geteilt werden würde. Heute berichtet die „Korrespondenz“ in Brüssel am Rande des Blattes in riesigen Lettern: „Das Industrie-Treide wird geteilt!“ Andere polnische Blätter erzählen aus angeblichen Gründen immer noch das Falsche, daß die Linie des Väterbundes der Konferenz-Klinie nähert. Ebenso geht es mit dem Zeitpunkt der Entscheidung. Während einzelne Schweizerische Zeitungen davon sprechen, daß die Entscheidung schon Mitte Oktober fällt und damit fremde Erregung in Obereschloffen hervorruft, behaupten andere mit abfälliger Wirkung, daß die Entscheidung am 11. November (ausgerechnet) bekanntgegeben würde. Wer einzeln will man dann aber auch wieder wissen, daß die Entscheidung schon in den allerletzten Tagen erfolgen soll. Das zum wenigsten ist falsch, denn erst am vorgestrigen Samstag sind weitere drei Vertreter der deutschen Gewerkschaften Obereschloffen nach Genf abgereist, darunter je ein Vertreter der Hirsch-Bundessen, der Christlichen und der freien Gewerkschaften. Die Obereschloffen ist nunmehr in Genf vertreten auf deutscher Seite durch den Generalsekretär des Berg- und Hüttenmännischen Vereins, Dr. Gelsenbaler, und durch den Vorsitzenden dieses Vereins, den Generalsekretär der Rationeller Arbeiter-Gewerkschaft, Geheimrat Dr. Bilfinger. Die Beratung dieser Herren würde zu einer Romdele ausarten, wenn man irgendwelche Beschlüsse vor Aufhebung der Herren gefast hätte. Im übrigen gibt man sich in den Kreisen der obereschloffen Gewerkschaften auch heute noch die größte Mühe, den Väterbund zu bewegen, eine geordnete Kommission von Genf nach Obereschloffen zu entsenden um gründlichen Studium aller wirtschaftlichen Verhältnisse, das zweifellos zu der Erkenntnis führen muß: Obereschloffen ist einfach nicht zu teilen! In einem heutzutage von den Gewerkschaften nach Genf gesandten Telegramm heißt es zum Schluß: „Diese drückende Prüfung kann durch die mündliche Bernehmung unserer Vertrauensmänner in Genf nicht ersetzt werden.“

Die Stimmung in Obereschloffen will an die Entsendung einer solchen Kommission nicht mehr glauben. Man ist vielmehr heute der Meinung,

[illegible]

100

(Von unserem Korrespondenten.)

London, 30. Sept.

Die Gründe hierfür sind mannigfacher Art. Zunächst konnte Deutschland nicht als Konfurrent aufsteigen, ohne gleichzeitig auch als Englands bitterer Rival zu verschwinden. Das damit ebenfalls in enger Beziehung stehende Staatsproblem soll in diesem Zusammenhang nicht mit behandelt werden. Wurde Deutschlands Handelspolitik untergraben, sei es durch natürliche Ereignisse oder durch ausgerechnete feindliche Bestimmungen, so müsste die Versorgung in seinen Abhängigkeiten das industrielle Leben Englands und seiner Handelskolonien in empfindlicher Weise

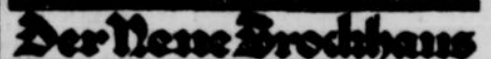
Die Folgen dieses stärksten Eingriffs in das englische Wirtschaftsleben haben sich in geradezu katastrophaler Weise fühlbar gemacht. Die hohen Löhne der Nachkriegszeit hatten die englische Industrie so verteuert, daß sie nicht mehr konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt auftreten konnte. Eine der wichtigsten Ursachen hierfür war der hohe Preis, den die Industrie bei dem Ankauf heimischer Kohlen anlegen mußte. Dadurch wurden die Waren so verteuert, daß sie mit den Erzeugnissen Amerikas oder womöglich mit denen Deutschlands nicht mehr in Wettbewerb treten konnten. Der Preis für amerikanische Kohlen auf dem Weltmarkt stieg sich (sogar nach englischen Preisen) um über ein Hund Sterling billiger, als englische Rohle. Als die während des Krieges

am 21. Aug. 1920	281 032
am 26. Nov. 1920	520 353
am 7. Jan. 1921	855 000
am 10. Juni 1921	2 185 800

Seitdem sind die vorerwähnten Lohnfreistellungen beilege, so daß die Zahl der unfreiwillig Arbeitslosen bedeutend reduziert erscheint. In der Arbeitslosigkeit ist die eingetretene Besserung nicht sehr erheblich. Zunächst erholte sich die Industrie von dem durch den Rohlenmangel hervorgerufenen Niedergang unter das Niveau, das der eigenen Produktionskapazität angemessen gewesen wäre. Im Monat Juli war es daher möglich, 386 000 Arbeitslose wieder einzustellen, so daß zu Beginn des Monats August neben den Halbedbeschäftigten nur noch 1 799 800 Arbeitslose vorhanden waren. Im Laufe des August fiel die offizielle Zahl weiter bis auf 1 603 358 Arbeitslose. Aber

der Baugewerbe mit	143 250 Arbeitst.
des Schiffbau mit	107 897 Arbeitst.
Maschinenbau usw. mit	257 489 Arbeitst.
die Metallproduktion mit	186 402 Arbeitst.
des Transportgewerbe mit	133 062 Arbeitst.
Bergwerke u. Steinbrüche mit	123 901 Arbeitst.

Die Ziffern der übrigen, hier nicht angeführten Gewerbe erreichen im einzelnen nicht die Zahl 100 000. Aber kein einziges Gebiet ist unberührt geblieben. Sie haben im Gegenteil prozentual alle stark gelitten. (Schluß folgt.)



Band I erscheint Anfang Oktober

**Sichern Sie sich durch
rechtzeitige Subskription
den ermäßigten Preis!**

Statt Karten.	Immobiliendarstellung	Eine weitere Anwendung
---------------	-----------------------	------------------------

Statt Karten.

Bernhard Becker

Rudolf Zimmermann

Statt jeder besonderen Angabe

Fran Maria Simon

Die Beerdigung findet Freitag, den 1. Oktober, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des luther. Friedhofes am Bretichen aus statt.

Verordnungen der Konsumgenossenschaft - 696
 1921. Der Oberbürgermeister
 Gumbelmann des Wirtschaftlichen Ausschusses

1940

unseren guten, treuherzigen Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager, Onkel und Cousin

Heinrich Brendt

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 6. Oktober, nachm. 4^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des ref. Friedhofes in Seunborn aus statt.

Am 30. September ist im Paulinenstift in

nach kurzem, schwerem Leiden, im blühenden Alter von 32 Jahren sanft entschlafen.

Karl Hartnack, Lyzeallehrer.
Nastätten (Taunus) u. Elberfeld, 4. Okt. 1891

solidento

Winnella.
Vertheilung der

bei. N. Schindler
v. einactio. Mac-
Schindler'schaft m.
Schindler, f. n. Schin-
der, f. n. Schin-
der, f. n. Schin-

trahals Hämorrh. gel.
atroph. Cohn. u. Ge-
legentlich, el. Sicht.
Strahlhals. u. Hals ver-
minstelter bei au. bl.

Geschäftshaus,
H. elektr., Gas, Heiz.

Colonialwarengesell.
günst. Lage, in der
die von Heberbrun

Pianos,
Klaviere, eich. nussbaum.
zeitgemäßen Bretten.

Verbreitung: Nr. 58a.
Verbreitung: 1525.

Der Gipsstein wird in einem
Zugmahlwerk zerrieben, als:
Gipsstein und Gips,
mit Wasser, Zement, Sand
und Gipsstein.

Immobilien-Bank

uten und Großhän:
in Elberfeld

Bandituhle mit Cyulmalchine, Koll-
bod n. Dospel, biala zu
verfairen

Die Arbeit
sind die besten Beweise
unserer Leistung.

HOHEN RINGEL.
bekannt in der ganzen
Welt nur bei
Reinhardt & Pilsner

minen. Tel. 689, 747 u. 978. 1800 u. 1808. 1808 u. 1808.
H. 1808, 1808, 1808. 1808 u. 1808.
Ratferfrage 20.

**Vergleichen
unsere**

Elbe
Hofka
Witten

Bohn

© 1994

unter \$
werben, o
auf den

Stannen
troy beßer

02. 04. III

